



# MITTAGSPOST

13.03. Ausgabe 05/2020

## Fraktion

Wie schon in der letzten Woche hat uns die Not der **Geflüchteten** auf den griechischen Inseln und an der griechisch-türkischen Grenze beschäftigt. Wobei wir diesmal sehr erleichtert waren, weil es der SPD gelungen war, im Koalitionsausschuss die Aufnahme von bis zu 1500 besonders schutzbedürftigen Kindern auszuverhandeln. Das war nur möglich, weil wir dem Innenminister Verhandlungsspielraum mit anderen europäischen Ländern geschaffen haben, die ihrerseits eine Beteiligung bei der Aufnahme von Geflüchteten zugesichert haben. Hätten wir dem Antrag der Grünen zugestimmt, wäre im Parlament dennoch mehrheitlich gegen ihn entschieden worden (mit Stimmen der AfD) und keinem einzigen Menschen wäre geholfen worden. Wir sind nicht naiv, die Aufnahme der Kinder wird die Situation insgesamt nicht maßgeblich verändern. Allerdings hilft sie an zentraler Stelle: Denn Portugal, Kroatien und Frankreich zum Beispiel sind zwar aufnahmebereit, wollen aber explizit keine Kinder zu sich holen wegen des Familiennachzugs. Das machen wir anders. Weitere Verhandlungen mit anderen Ländern laufen. Bislang sind 7 Länder Teil dieser Koalition der Solidarität. Ein weiteres Thema war der Umgang mit **Corona** und die ganz praktischen Maßnahmen, die ergriffen werden müssen. So ist seit Montag die Kuppel des Reichstag geschlossen. Auch die beliebten Besuchergruppen fallen leider bis zum 30.4. aus. Sie werden sobald wie möglich nachgeholt.

## Plenum

In der Regierungsbefragung stand die **Corona**-Pandemie und somit der zuständige Bundesminister Jens Spahn im Mittelpunkt. Er betonte, dass die Balance zwischen Einschränkungen und Alltag gehalten werden muss. Zudem machte er klar, dass die Sicherheit der Bürger vor wirtschaftliche Interessen geht. Die harten Folgen für die Wirtschaft wird die Bundesregierung aber zielgerichtet abfangen. Heute haben wir entsprechend gehandelt und [das schnellste Gesetz überhaupt](#) verabschiedet. Erste, zweite, dritte Lesung direkt

ZP 19	1./2./3. Les. CDU/CSU und SPD-Entwurf eines Gesetzes zur befristeten krisenbedingten Verbesserung der Regelungen für das Kurzarbeitergeld
ZP 10	1. Les. CDU/CSU und SPD-Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung
ZP 18	Antrag LINKE „Berufliche Weiterbildung stärken – Weiterbildungsgeld einführen“

hintereinander um die Folgen der Corona-Pandemie für die Wirtschaft, insbesondere kleine und mittlere Betriebe, abzufedern. Außerdem haben wir uns mit dem [Gesetzesentwurf zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und der Hasskriminalität](#) befasst. Künftig soll der Strafrahmen bei Mord- und Vergewaltigungsdrohungen im Netz auf bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe verdreifacht werden. Auch sollen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker vor Diffamierungen und Anfeindungen besser geschützt werden. Und es wird eine Meldeverpflichtung für die Serwebetreiber geben. Hass ist keine Meinung.

## Klausur AG Innen

In der Klausur der Arbeitsgruppe der Innenpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion haben wir Forderungen zu einer **Neuausrichtung des Gesamteuropäischen Asylsystems** beraten. Wir werden dazu eine sozialdemokratische Haltung klarer formulieren, um für künftige Situationen handlungsfähig und erkennbar zu sein.



Zweiter Punkt unserer Klausur war das Thema „Sicherheit vor der Haustür“. Dazu hat unser niedersächsischer Innenminister Boris Pistorius Denkanstöße geliefert, wie in gefühlt unsicheren Zeiten, erfolgreiche **Kriminalitätsbekämpfung** funktioniert. Er wies erneut daraufhin, dass die Zahl der Straftaten auf ein historisches Tief gesunken sei, viele Bürgerinnen und Bürger sich dennoch zunehmend ängstigen. Daher müsse erfolgreiche Strafverfolgung immer auch die Sichtbarkeit von Maßnahmen berücksichtigen, auf neue Kriminalitätsschwerpunkte eingehen und nah am Menschen bleiben. Das klingt traditionell nach keinem typisch sozialdemokratischen Herzensthema ist in Wahrheit aber zentral für uns. Denn: Sicherheit für alle ist ein wichtiger Bestandteil sozialer Gerechtigkeit. Also durchaus unser Beritt. Bei allen Stellschrauben, an denen wir noch drehen können/müssen, sind wir inhaltlich und strukturell sehr gut aufgestellt in diesem Bereich. Jetzt gilt es, das deutlich nach außen zu tragen.

## Tierversuche einschränken

Die furchtbaren **Tierschutzverletzungen** im Tierversuchslabor LPT habe ich zum Anlass genommen, mich mit meinen Fraktionskollegen darüber zu verständigen, wie wir Tierversuche einschränken und Alternativen zu Tierversuchen noch stärker fördern können. Dabei ging es um Aspekte des Tierschutzes, der Medizin und der Finanzierung. Es darf keine Tierversuche geben, wo es wissenschaftlich geprüfte Alternativmethoden gibt, um wissenschaftliche Fragen zu klären, oder die Gefährlichkeit von Stoffen für den Menschen zu bewerten. In der Praxis hat sich vor allem das sogenannte 3-R-Konzept (Replacement, Reduction, Refinement; zu Deutsch: Vermeiden, Verringern, Verbessern) etabliert. Die EU-Tierversuchsrichtlinie enthält eine Ausnahmeregelung, die Tierversuche mit schwerem Leiden zulässt. Deutschland macht davon leider noch immer Gebrauch. Wir setzen uns dafür ein, diese Möglichkeit aus dem deutschen Recht zu streichen.

## Und noch einmal Corona

Die Medien haben über einen Bundestagsabgeordneten berichtet, der sich infiziert hat. Außerdem gibt es mehrere Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion, die sich nach Kontakt mit einer infizierten Person freiwillig in Quarantäne begeben haben. Wir haben als Reaktion die Abstimmungen gestreckt, damit es nicht zu kuschlig wird. Es werden auch kei-



Für die namentliche Abstimmung wurden Urnen in einen separaten Raum gestellt, damit wir einzeln abstimmen können.

ne Veranstaltungen in Berlin und vor Ort stattfinden. All dies, um eine weitere Verbreitung des Virus zu verhindern.